

Deutschland und die Frankens- stabilisierung

Von Reichsminister a. D. Dr. Rütz,
Mitglied des Reichstags.

Die jetzt in Frankreich sich vollziehende gesetzliche Stabilisierung der Währung bietet in mehr als einer Beziehung auch für uns ein lebhaftes Interesse. In Wirklichkeit ist der französische Frank seit länger als Jahresfrist im gegenwärtigen Augenblicke handelt es sich die endgültige gesetzliche Festlegung des Stabilisierungskurses des Frank, der zur deutschen Mark so verhält, daß etwa 6 Franke eine Mark ausmachen. 124 Franke ein Hund Sterling. Die französische Währung konnte mit viel größerer Ruhe und Vorsicht ein Akt der Stabilisierung behandeln, als die deutsche, sie sich nicht vor einer gleich katastrophalen Zerrüttung der Währung sah, wie wir, und da der Stand des Frank ein rechtliche wirtschaftliche Mißverhältnisse nicht ausgelöst. Andererseits ist es für die französischen Staatsfinanzen von ausschlaggebender Bedeutung auf welchem Stand die französische Staatsschuld von 350 Milliarden endgültig finden wird.

Die Stabilisierung des Frank wird für Deutschland von Vorteil insofern sein, als sie sich für den normalen internationalen und Wirtschaftsverkehr als förderndes Element erweisen wird. Ohne Stabilisierung der französischen Währung gab es keine abgesehene und endgültige europäische Währungsunion; ohne eine solche ist keine Stabilität der europäischen Finanzen und keinen stetig umgehenden Wirtschaftsverkehr.

Mit der Stabilisierung des Frank wird sich auch für andere das Kleinrentnerproblem ergeben, und namentlich in viel stärkerem Ausmaß als bei uns, denn Rentner spielen schon jetzt in der französischen Währung eine viel größere Rolle als bei uns. Es wird darauf zu beobachten, wie die Schicht der Rentner in Frankreich darauf reagieren wird, wenn ihm gesetzlich ein Recht einräumt wird, daß er nur noch den Bruchteil seines Einkommens besitzt, und ebenso lehrreich wird es für uns sein, wie dann der französische Staat seinerseits reagieren wird. In anderen Ländern mit einer verhältnismäßig geringen Rentnerschicht, wie z. B. in Belgien, hat das Rentnerproblem keine Rolle gespielt. In Deutschland hat in die Rentner bekanntlich der Fürsorger überwiesen. Die einzig befriedigende Lösung der Gewährleistung eines Anspruches auf eine den Zustand der Not beherrschende Rente hat man noch nicht gefunden, aber der andere Seite aber gibt es noch Utopien, die da meinen, man könnte ein durch die Inflation aufgefressenes Rentnerkapital durch Gesetzesparagraphen wieder herbeizubereiten.

Die endgültige Stabilisierung der Währung wird für andere eine günstige Atmosphäre zur Lösung des interalliierten Schuldenproblems schaffen. Es ist auch für Deutschland von wesentlicher Bedeutung, denn eine Revision der Dawesverpflichtungen und eine endgültige Festlegung unserer Leistungssumme an ungenüger von gelten ist, was bei uns viel zu wenig möglich wird, ohne Lösung des interalliierten Schuldenproblems, insbesondere ohne endgültige Auseinandersetzung mit Frankreich und Amerika nicht denkbar. Es wird schließlich von Interesse sein zu beobachten,

wie in Frankreich die gesetzlich: Stabilisierung auf den Warenpreis und auf Lohn- und Gehaltsentwicklung wirken wird. Die Vorgänge in Deutschland auf diesen Gebieten sind bekannt; sie von jetzt ab in Frankreich zu beobachten, werden Politik und Wirtschaft allen Anlaß haben. Ebenso wertvoll wird es sein, zu beobachten, welche Währungsstabilisierungspolitik die Bank von Frankreich im Vergleich zur Reichsbank einschlägt. Man kann aus Vergleichen immer lernen, und wenn es zuzulassen auch nur nach der Richtung ist, wie man's nicht machen darf.

Deutschnationale Republikaner

Graf Westarp in Verzweiflung

Die deutschnationale Niederlage vom 20. Mai hat zum mindesten einen Teil der Deutschnationalen zum Nachdenken gezwungen. Unter ihnen befindet sich auch der Reichstagsabgeordnete Walther Lambach, einer der Führer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, der in der „Politischen Wochenschrift“ über das Sterben des monarchischen Gedankens u. a. schreibt:

„Wäre nach Eberis Tode Jarres oder Marx oder Thälmann Reichspräsident geworden, so hätten wir auch heute noch in Deutschland eine lebendig flutende Bewegung zur Wiederaufrichtung der Monarchie. Dadurch aber, daß der monarchistische Teil unseres Volkes Hindenburg zum Reichspräsidenten erkor, ist der Monarchismus zu Grabe getragen worden. Ober glaubt ein politisch Einfältiger, daß es bei uns über den eigentlichen Anhang des Abgeordneten Eberling hinaus außerhalb Bagerns noch nebenswerte Spuren eines aktiven, zielklaren Monarchismus gibt? In Ungarn ja, aber nicht in Deutschland.“

Der hinter dem Reichspräsidenten aufragende Schatten des Kaisers und Königs, der jeden anderen übertraf hätte, übertrage einen Hindenburg nicht mehr. Im Gegenteil, Wilhelm II. verdrängt hinter dem großen, fernen alten Herrn, der jetzt das Reich repräsentiert. Selbst, wenn die Erinnerung bis zu der Eddmannsgehalt Wilhelm I. juristisch, verkleinert sich das Bild Hindenburgs nicht — Einen Funktionär und Platzhalter hatte man gewählt und einen Träger eigener Größe hatte man zum Reichspräsidenten bekommen.

Neben seiner Größe sank der Nimbus der lebenden Hohenrollen in sich zusammen. Wieviel Millionen treuer Monarchisten die Heirat des Kaisers und die Ehekandale seiner Familienangehörigen zu verhassten Republikanern gemacht haben, hat die feinerzeitige Abkündigung über das Vermögen der Fürsten und die letzte Reichstagswahl gezeigt.

Der Volksentwurf über die Fürstenerbvermögen zeigte bereits eindeutig das Sterben des monarchistischen Gedankens, trotzdem erst so kurz vorher der Republik der Kandidat der Monarchisten als würdiger Repräsentant erklant war.

Die jüngste Reichstagswahl hat ein weiteres Absinken der monarchistischen Stimmen gebracht. Der ganze Verlust der Deutschnationalen ist ein Verlust des Monarchismus. Gerade, weil sie die von der Monarchie als Programmpunkt in der Politik nichts mehr wissen wollen, sind die Mittelständler und Bauern und Arbeiter zu anderen Parteien übergetreten.

Und die Jugend ist deshalb den Deutschnationalen ferngeblieben, weil sie in dieser bürgerlich gewordenen Welt der Arbeit und des Sports keinen Erbmonarchen schaffen helfen will. Für die nach 1905 Geborenen sind

Kaiser und Könige keine geheiligten und unantastbaren Größen mehr.

Die Jugend erhebt den Hippokrat Afghanistan als von König. „Er sollte man lieber nach Hause fahren, damit er nicht inswischen abgesteht wird“, meint schon mein Zwölfjähriger. Könige und Kaiser sind für die jetzt heranwachsenden Wählergenerationen nicht mehr geheiligte verehrungswürdige Personen bes. Institutionen. Sie sind für diese Jugend zu Film- und Bühnensachen geworden.

Aus dieser Diagnose der Gegenwart ergeben sich für den Volkskonkretionisten Menschen ernste Schlussfolgerungen gegenüber den Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer aufbauenden Politik. Es bleibt von seinem Monarchismus nur der Koffhaufenraum übrig, mehr nicht.

Wollen wir in der Deutschnationalen Volkspartei als der Sammelleiste auch der volkskonkretionisten Kräfte nicht das Geburtsjahr 1905 eine unverrückbare Grenze für das Hineinwachsen von Jugend werden lassen, dann muß unser Werber in Zukunft lauten können: Monarchisten und Republikaner treten in unsere Reihen. Aus unserer praktischen Neueinstellung zu den Fragen der Staatsform muß die programmatische Folgerung gezogen werden. Sie muß sogar in der Auswahl der neuen Fraktionsleitung ihren personellen Ausdruck finden.“

Zweifellos zeichnet hier Lambach eine Entwicklung, die sich anbahnt, aber es wird sich zu zeigen haben, wie weit diese Entwicklung jetzt schon ist. Graf Westarp wird über diesen Aufschwung seines Fraktionskollegen keine reine Freude empfunden haben. Wie weit ist es mit den Deutschnationalen gekommen, wenn man solche Dinge schon öffentlich sagen kann. Wichtiger aber ist, ob der von Lambach ererbte Wechsel in der Fraktionsleitung tatsächlich vor sich geht. Man darf nicht vergessen: noch leben die Monarchisten von Schlage des Grafen Westarp, des Dr. Eberling und des Reichstagsabgeordneten Bok, der noch kürzlich in Hamburg erklärte, daß am monarchischen Gedanken festhalten sei, besonders auch gegenüber der Jugend.

Dr. Hellpach und das Berufsbeamtentum

In dem umfangreichen Werk, das Staatspräsident a. D. Professor Dr. Will Hellpach unter dem Titel „Politische Prognose für Deutschland“ herausgegeben hat, befinden sich auch einige Sätze über Hellpachs Stellung zur Beamtenschaft. Diese Sätze sind hier und da irrtümlicherweise z. B. so gebietet worden, als ob Dr. Hellpach das Berufsbeamtentum als befehligen beabsichtige, um es durch ein Wahlbeamtentum zu ersetzen. Der Deutsche Beamtentum hatte in dieser Sache durch seine Selbstkritik einen offenen Brief an Herrn Hellpach veröffentlicht, auf den nun inzwischen eine sehr ausführliche Antwort des Abgeordneten Hellpach eingegangen ist. Wir geben aus dieser Antwort die folgenden Sätze wieder, die über Dr. Hellpachs Stellung zum Berufsbeamtentum völlige Klarheit schaffen:

Die Ausführungen, die mein Buch „Politische Prognose für Deutschland“ über das Beamtentum enthält, sind zum Gegenstand scharfer und sorgenvoller Kritik gemacht worden. Mein Kritiker ätzert sehr ausführlich die wesentlichen Ausführungen von den Seiten 213 bis 216 meines Buches. Devo befremdlicher ist es, daß er dem Zitate auf dem Fuße keinen Auswurf an mich folgen läßt: „Sie fordern also nicht weniger als Ertrag des Berufsbeamtentums durch ein Wahlbeamtentum.“ Ich nehme doch an, daß jemand, der eine Stelle anführt, sie auch dabei steht, und in den letzten Sätzen der aus meinem Buch angeführten, von meinem Kritiker völlig wortgetreu angeführten Stelle sich zu lesen: „Wollte das deutsche Beamtentum die politische Freiheit, so müßte es auch das Recht dafür auf sich nehmen: die Wahlbarkeit durchs Volk das heißt die Chance der Nichtwiederwahl. Da es das andere das das Los der Schicksal, gezogen hat, so müßte die praktische Umgestaltung, und muß auch immer mehr, zu einer relativen Ungleichheit der Beamtenschaft führen.“ Es ist mir allerdings vollkommen unberechtig, wie man aus diesen Sätzen herauslesen kann, ich fordere nicht weniger als den Ertrag des Berufsbeamtentums durch ein Wahlbeamtentum! Die Sätze lassen doch unmissverständlich erkennen, daß ich die Entscheidung, die in der deutschen Demokratie für das Berufsbeamtentum gefallen ist, als gefallen betrachte und nur ihre unabweislichen Folgerungen klarzulegen bemüht bin; wohlweislich habe ich die andere Möglichkeit nicht etwa in die Form gefaßt: „wollte man für das deutsche Beamtentum die politische die politische Freiheit...“, sondern in die Form: „wollte das deutsche Beamtentum die politische Freiheit, so müßte es auch das Risiko dafür auf sich nehmen, die Wahlbarkeit zu.“ Es war meine Absicht, nicht einmal den direkten Anstoß einer verbotenen Stellungnahme im Sinne einer Wiederbelebung des Berufsprinzips zugunsten des Wahlprinzips herbeizuführen.

Ginge es nicht schon aus dieser Stelle hervor, so könnte ich jeden Augenblick von neuem erklären, daß ich in der Tat die von der Weimarer Verfassung getroffene Entscheidung für die Bewahrung des Berufsbeamtentums in Deutschland für endgültig halte. In dem politischen Lager, dem ich selber angehöre, gibt es niemanden, der das Berufsbeamtentum antaufen wollte. Ich selber halte mich sowohl auf Grund meines Bekenntnisses zur Reichsverfassung wie auf Grund meines Bekenntnisses zur Deutschen Demokratischen Partei an die Tatsache des Berufsbeamtentums für gebunden.

Phosgenegas

Eine Pflicht der Frauen

von Martha Börsig, Mitglied des Preussischen Landtags

Werte Frauenkreise haben sicher mit tiefer Befriedigung von Mitteilung Kenntnis genommen, nach der die demokratische Fraktionsfraktion in einer ihrer ersten Sitzungen nach der Wahl beschloß, eine Interpellation über das Phosgenegas in Hamburg einzubringen. Diese Interpellation wird nicht mit dem bewährtesten Vorkommnis als solchen und der Lösung gegen ungewollte Unglücksfälle durch den schauerlichen Tod beschäftigten, sondern grundrätlich der Frage seiner Herstellung und Verwendung im Kriege nachgehen. Mit furchtbarer Klarheit hat das Hamburger Unglück Wesen und Wirken des Kampfmittels enthält, das für den kommenden Krieg in welchem Ausmaß katibällig in Rechnung gestellt wird, dessen Leben neu und in ihrer Auswirkung noch gar nicht zu übersehen. Es läßt sich kaum ein Vergleich ziehen zwischen schlimmen weniger schlimmen Formen der Kriegführung. Das mörderische Giftgasgewehr, die Schrapnellverordnungen mit ihren tödlichen Verhimmelungen, die Vernichtungsmaschinen der schweren Artillerie, die Hungerblockade, die Lebenskraft von Generälen anmaßt, allen diesen modernen Kriegsmitteln sind gleich dem Phosgenegas Menschenleben massenhaft und wehrlos preisgegeben. Stellen in ihrer Wirkung über die Schlachtfelder hinaus in die Reihen der Nichtkämpfer hinein. Der moderne Krieg läßt sich abgrenzen und humanisieren, in ihm entscheidet nicht Persönlichkeit und der Heroismus des Einzelnen. Er wird ein schieres Meilen technischer Überlegenheit und bedenkenlosen richtungswillens.

Das Phosgenegas in Hamburg, das zufällige Wirksamkeit des Phosgenegas mit seinem schleichenden und unauffälligen Wesen, ein Symbol für die Mächte, die den künftigen Krieg zu entfesseln, für die Willensrichtung, in der er geführt werden soll. Ein Zeichen, das aufsteht, in das Berufsleben und Wesen der Menschen sich einbringen sollte! Welche Wirkung es auslöst? Einige eindrucksvolle Kumbgebungen der Friedensbewegung — eine Volksschönung, ein Wachwerden der Bevölkerung über diese Frage hat die ipunkthafte Erscheinung nicht gelehrt. Sie ist ein Vorfall zwischen vielen anderen, die die den Zeitungen füllen und die Gespräche der Menschen machen. Zwei gemaltige Mächte stehen der Auswirkung des Phosgenegas entgegen. Die Oberbankerziehung, die den Krieg etwas Erhabenes hinlamm und ihn glorifiziert oder sich um die Wirklichkeit herumtauscht; jedenfalls den Kopf in den Sand

steckt vor einer Tatsache, die jeder weiß und die das Hamburger Unglück jedem ins helle Bewußtsein rücken konnte. Und zweitens das wirtschaftliche Interesse, das den Krieg in seiner Verflechtung mit Industrie und Technik nicht und ihn als Profitfaktor nicht wegzudenken mag. Wo sind die Kräfte, die diese furchtbare Zurechnung aufbrechen, diese Trägheit der Phantastie wachzurufen? Es brauchen keine neue Wahrheiten entdeckt zu werden, die vorhandenen heute enthält und geglaubt werden. Das Leben selbst in seiner nüchternen Kraft, in seinem heiligen Anspruch muß mobil gemacht werden gegen die fetze Beherrschung im Kriegsglaubens. Wir sehen in den Frauen die verantwortliche Hüter des Lebens. Der Reichsfrankenausschuss der Deutschen Demokratischen Partei hat an die Reichstagsfraktion die Bitte gerichtet, gegen die Giftgaskampfmittel als menschenunwürdige Kriegführung Stellung zu nehmen und bei der Reichstagsregierung darauf hinzuwirken, daß die Frage ihrer Zulässigkeit international diskutiert und von Deutschland grundrätlich abgelehnt wird. Die demokratischen Frauen gingen von den Gedanken aus, daß die Völker gezwungen werden müssen, sich die Methoden moderner Kriegführung klarzumachen, ihr Wesen und ihre Wirkung zu erkennen, damit sie der Achtung der Menschheit anheimfallen.

Die Stempelgebühren in Sachsen und Preußen

Verchiedene Staaten, verschiedenes Steuerrecht.

Eine Leipziger Versicherungs-Gesellschaft hat auf Grund ihrer Statuten für einige ihrer leitenden Beamten eine Generalvollmacht benötigt. Für drei derartige Vollmachten verlangt die sächsische Staatsregierung eine Stempelgebühr von insgesamt 213 000 Mark. Da der Höchststempel in Preußen für die Vollmacht nur 250 Reichsmark beträgt, so würde der Betrag der Stempelgebühr für diese drei Vollmachten in Preußen nur 750 Reichsmark ausmachen. Dieser Rechtszustand ist geradezu ungeheuerlich. Das hat auch das sächsische Finanzministerium eingesehen und sich demgemäß aus Umständen bereit erklärt, die Stempelgebühr aus Willkürgründen zu ermäßigen. Im Interesse einer geordneten Geschäftsführung hat die beteiligte Gesellschaft aber eine grundsätzliche Klärung verlangt. Es ist in der Tat ein großer Rechtszustand, daß man für Verkleinerung einer Vollmacht in Preußen höchstens 250 Reichsmark, in Sachsen dagegen unter Umständen Hunderttausende von Mark bezahlen muß.

Die Beamten der Reichsbahn
Gründen die Leistungszulagen!

Der Reichsbund Deutscher Reichsbahnbeamten des mittleren nichttechnischen Dienstes (M.R.V.) hielt in Regensburg seinen 6. Bundestag ab, der von zahlreichen Vertretern der über das gesamte Deutsche Reichsbahngebiet verbreiteten Organisation besucht war.

Die Verhandlung wurde eröffnet durch den 1. Bundesvorsitzenden Reichsbahnoberreferent Dr. Fröhlich, Berlin.

Der Reichsbund ist die Ständevereinigung der Deutschen Reichsbahnbeamten des mittleren nichttechnischen Dienstes und deren Anwärter. Die Forderungen der Reichsbahnbeamten fanden ihren Niederschlag in dem Meistert des Bundesvorsitzenden:

Das Besoldungsgesetz und die Besoldungsordnung der Reichsbahnbeamten blieben unbefriedigend. Die Forderung, daß die Besoldung der Reichsbahnbeamten den besonderen Erchwernissen des verantwortungsvollen, aufreibenden und gefährlichen Eisenbahnberufes angepaßt werde, ist nicht erfüllt worden. Die Besoldungsanpassung sollte unter keinen Umständen dazu dienen, die zurzeit bestehenden, durch Prüfungen erworbenen Rechte und Anwartschaften durch willkürliche Einrückung von Zwischenstufen zu schmälern. Das ist demnach geschehen. Infolge dieser unerfüllt gebliebenen Forderungen der Beamten des mittleren nichttechnischen Dienstes sind die Besätze der sachverständigen Beamten durchweg unzureichend. Die Vierteljahrgehaltszahlung muß als vorkaufendes Recht wieder eingeführt werden. Bezüglich der Reichsbahn-Gesellschaft wird gefordert, daß die durch die Umwandlung der ehemaligen Eisenbahnen in eine Privatgesellschaft den Reichsbahnbeamten gegenüber allen übrigen Reichsbahnbeamten zugehörigen Reichsbahnleistungen erhalten. Den Reichsbahnbeamten muß der Reichsbahncharakter erhalten bleiben.

Die Dienstzeit, die durchschnittlich 54 Stunden pro Woche beträgt, in vielen Fällen aber noch ausgedehnter ist, muß im Hinblick auf den schweren verantwortungsvollen Dienst im Interesse der Betriebsicherheit herabgesetzt werden. Der Nachdienst muß in ausreichender Weise besonders abgegrenzt werden. Ebenso ist auch der Urlaub dem der Reichsbahnbeamten gleich zu gewähren. Die Leistungszulagen lehnt der Verband ab. Der Mangel an Aufstiegsmöglichkeiten erfordert die Vermeidung der Beförderungshemmnisse. Die Lebenshaltung der Eisenbahnbeamten auf das Reich sollte eine einheitliche Rechtschaffenheit schaffen. Dieses Ziel ist bisher noch nicht erreicht worden, weil die Gruppenverwaltung Bayern die Erhaltung der besonderen bayerischen Verhältnisse über den Gemeinschaftsgedanken hat.

Sachsens verhinderte Verwaltungsreform
Heldt gegen Apret.

Wie verlautet, hat der demokratische Innenminister Dr. Apret bereits vor geraumer Zeit dem Kabinett seine Vor schläge für Verwaltungsreform unterbreitet, worin er namentlich die Aufhebung der Mittelbehörden, der sogenannten Kreis- und Provinzialverwaltungen, fordert.

Trotzdem die Frage längst spruchreif ist, machen sich starke Widerstände bemerkbar, die hauptsächlich aus auf den Ministerpräsidenten Heldt zurückzuführen sind, der zu sichtlich scheint, daß bei einer Verwaltungsreform auch eine Verringerung der Zahl der Ministerien in Frage käme und daß dabei die Altpolitiker, die Partei des Ministerpräsidenten, von ihren beiden Seiten im Kabinett einen herausgeben müßten. Offenbar ist hierauf die passive Resistenz zurückzuführen, die die so wichtige Frage der Verwaltungsreform in Sachsen nach wie vor Felle kommen läßt.

Professor Scott und Heidelberg

Zu der Auseinandersetzung der Heidelberger Juristischen Fakultät mit dem amerikanischen Professor Scott über die Kriegsschuldfrage schreibt das demokratische „Heidelberger Tageblatt“:

„Gerade in Heidelberg, deren Umkreis erst eben den amerikanischen Vorkämpfer Schurzmann zum Ehren doktor promovierte, und deren Statoverwaltung die herzlichen Beziehungen zwischen Heidelberg und Amerika demnach noch einmal in einem besonderen Akt bezeugen wird, wird man anständig die Abgabe bedauern. Der Fall liegt doch so: Scott war als Gast nach Deutschland geladen. Es ist gewiß nicht beabsichtigte Unfreundlichkeit, aber zum mindesten auch nicht mit den ungeschriebenen Gesetzen des internationalen Rechts, und der diplomatischen Höflichkeit zu vereinbaren, wenn zwei große Organe, wie die „Kölnische Zeitung“ und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ausgerechnet in diesem Augenblick, da Scott auf Einladung deutscher Universitäten, also von uns gerufen, sprechen sollte, ihn zu einer Rechtfertigung eines Standpunktes zwingen wollen, den er vor zehn Jahren bei den Friedensverhandlungen eingenommen haben soll und der heute dabei sich einer Nachprüfung entzieht. Die politische Haltung, die nach Kenntnis und Darstellung der deutschen Völkerrechtslehre und Kofitzer Scott in diesen letzten Jahren durchaus gezeigt hat, hätte genügen müssen, ihn als Friedens- und Versöhnungspolitiker hinreichend zu legitimieren.“

Wir wollen aber nicht beschweigen, daß die Haltung der „Kölnischen Zeitung“ sehr wohl für Amerika und die Welt erklärt werden muß als Anstöß des feineren Geistes über die noch immer nicht genügend gelöste Frage der Kriegsschuld, und wichtiger noch als dem alle Deutschen bedrückenden Gefühl, daß die nach unserer tiefsten Überzeugung völkerrichtig inhaftbare Verursacher des deutschen Gebietes am Rhein in unermüderter Weise die Erinnerung an den Vertrag von Versailles wachhält.

Man dient aber — auch das muß betont werden — gewiß nicht dem Frieden und einer von uns und gerade auch von dem Parteifreund der beiden obengenannten Blätter, nämlich von Stresemann, seit Jahren verfolgten und gefährlichen Politik friedlicher Annäherung, wenn man einem gelassenen Galt gegenüber solche Fragen aufwirft und

ihn zur Interpretation einer am Kriegsende von ihm eingenommenen Haltung in letzter Stunde, gar in letzter Minute smingt.

Setzen wir in dieser Stunde, da Scott Heidelberg bereits verlassen hat, noch einmal die aufrichtige Schätzung für seine private wissenschaftliche Persönlichkeit und erinnern wir uns noch einmal daran, daß er zusammen mit dem verstorbenen jenseitigen Geliebten Besnith jener berühmten, gegen Deutschland gerichteten Resolution des „Institut de Droit international“ nicht zustimmte, welche 1919 während der Pariser Konferenz beschlossen wurde und den Austritt mehrerer deutscher Mitglieder aus dem Institut zur Folge hatte.“

Die deutschnationalen Wahlplakate
Proteste aus kirchlichen Kreisen.

In der vom Generalsekretariat des Evangelisch-Sozialen Kongresses veränderten Korrespondenz wird geschrieben:

„In den vergangenen Wochen nach der Wahl ist wiederholt von kirchlicher Seite mit Recht ernste Kritik laut geworden über die Art und Weise, wie der Wahlkampf geführt worden ist. So hat es besonders bei allen ernsten Christen ohne Unterschied der religiösen Stimmung und Richtung einen peinlichen und verletzenden Eindruck gemacht, daß das feine und innige Thoma-Bild — Großmutter mit ihrem Enkel in der Bibel lezend — als Wahlplakat verwendet worden ist. Der Protest war nahezu einmütig und fand, ohne Unterschied der Partei, Unterstützung bei allen, denen die Helligkeiten des Christentums noch groß und ernst sind. Auch der Evangelisch-Soziale Kongress hat sich in seiner Mitgliederversammlung anlässlich seiner großen Dresdener Tagung diesem Protest angeschlossen. Er hat dabei wohl bemerkt, daß aber trotzdem eine derartige Verwendung, durch die das Heilige zum Unheiligen herabgedrückt wird, nicht rechtfertigen.“

Demokratie und Todesstrafe

Amtsgerichtsrat Dr. Guido Lejer schreibt in der „Neuen Badischen Anzeigzeitung“ u. a.:

„Aus Berlin kommt die Nachricht, daß von der demokratischen Reichstagsfraktion ein Gesetzentwurf eingebracht worden ist, der die sofortige Abschaffung der Todesstrafe vor dem Abschluß der gegenwärtigen Strafrechtsreform zum Inhalt hat.“

Diese Mitteilung wird in weiteren Kreisen lebhaft begrüßt werden. Die Haltung der neuen Fraktion zu der breitenden Frage der Todesstrafe verdient um wärmere Anerkennung, als sie im wohlthuenden Gegensatz zu dem Standpunkt steht, den ein Teil der alten Fraktion im vorigen Reichstag eingenommen hatte.

Seitdem ist das Problem nicht wieder aus der öffentlichen Erörterung verschwunden. Der Fall Jakubowitsch und der Fall Keiser haben der Allgemeinheit zum Bewußtsein gebracht, daß die erfüllbarste Möglichkeit eines Justizmordes auch unter den hochstehenden Reichsjustizgelehrten uneres heutigen Staates nicht ausgeschlossen ist. Zudem belehren uns die medizinischen Sachverständigen immer wieder darüber, wie schwer es ist, gewisse Geisteskrankheiten, die Kapitalverbrechen verursachen können, in ihren Anfängen zu erkennen.

So ist der Entschluß der demokratischen Reichstagsfraktion von besonders hohem Wert. Er vertritt eine Forderung, die, wie ich an anderer Stelle nachgewiesen habe, von altersher ein Verlangen der deutschen Demokraten und des deutschen Liberalismus gewesen ist. Und er ist nicht zuletzt um deswillen bedeutsam, weil er zeigt, daß die demokratischen Vertreter im Reichstag gewillt sind, aus dem unangünstigen Wahlausgang die richtigen Lehren zu ziehen.“

Politische Notizen

Deutschnationale Weite.

Ueber das Vermögen der deutschnationalen „Wendischen Morgenpost“, Zeitungsverlagsgesellschaft m. b. H., wurde, wie aus Bochum gemeldet wird, des Kontursverfahrens eröffnet.

Reichstammerversammlungen sind Staatsarden.

Der Schriftsteller und deutschnationaler Redakteur Walter Korobi-Berlin hatte sich vor der Berufungssammer des Landgerichts Görtlich unter der Anlage der Beleidigung der Reichsfarben zu verantworten. Der Angeklagte Korobi hatte in einer Versammlung in Görtlich einen beleidigenden Ausdruck gegen die Farben des Reichsbanners getan. In erster Instanz war Korobi vom Schöffengericht Görtlich freigesprochen worden. In der Berufungsvorhandlung erwiderte der Vertreter der Anlage in den Ausführungen des Redners eine Schmähung der Staatsfarben, die nach dem Republikverfassungsgesetz zu bestrafen sei. Er beantragte deshalb eine Gefängnisstrafe von 30 Tagen bzw. Umwandlung in eine Geldstrafe von 510 Mark. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 210 Mark Geldstrafe. Korobi erklärte, daß er dagegen Revision beim Reichsgericht einlegen werde. In der Urteilsbegründung wurde u. a. ausgeführt: Da das Reichsbanner nur mit dem einzigen Ziele gegründet worden sei, den Staat zu festigen und zu schütten, so seien somit die Farben des Reichsbanners mit den Farben des Staates zu identifizieren.

Thüringen und Sachsen.

In einer stark besuchten Versammlung des thüringischen Parteivorstandes der Demokraten, an der auch der Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Thüringen, Dr. Ludwig Haas, teilnahm, wurde nach eingehender Beratung folgende Entschlüsselung angenommen: „Der erweiterte Vorstand des Landesverbandes Thüringen der Deutschen Demokratischen Partei begrüßt die Vorkämpfer, die Verwaltung des Landes durch Verwaltungsgemeinschaften mit anderen Ländern zu vereinfachen und zu verbilligen und sieht daher keinen Anlaß, gegen die Ver-

handlungen der thüringischen Regierung und der sächsische Regierung Stellung zu nehmen. Er ist der Ansicht, daß durch die Vereinfachung des Reiches gefördert wird.“

Protestkundgebung geschädigter Auslandsdeutsl. er.

Der Schutzverband geschädigter Auslandsdeutsche Kolonialdeutscher und Verdrängter hielt eine öffentliche Protestversammlung ab. Den Behörden wurde der Baurium gemacht, daß sie der Not der Auslandsdeutschen vollkommen unberührt gegenüberstünden. So wurde erwidert, daß bei einer Zahl von 1100 Beamten im Entschädigungamt nur 62 Fälle täglich zur Auszahlung gelangen, die also auf einen Geschädigten 17 Beamte kamen. In 21 Instanzen wurde den Deutschnationalen, die den Geschädigten goldene Berge versprochen hatten und sie entscheidenden Momente schmächtig im Wege liegen, nach deutsches Wort gesagt. Die Reichstagsfraktion hätte ihnen die Lüttigung für ihr Verhalten präsentiert. Für die demokratische Fraktion sprach Reichstagsabgeordneter Gehmeier Fischbeck, der unter laute Beifall für die dem Reichsdeutsches Fraktion die Erklärung abgab, es sei ihm bisher so and weiter für die Auslandsdeutsche tatkräftig entgegen treten. Die Demokraten seien bereit mit dem Vorstand des Verbandes alle Möglichkeiten zu erwägen und diese zu vertreten.

Der Berliner „Mittag“

teilt mit, daß er einweisen sein Erscheinen wegen der Umkehr der wirtschaftlichen Verhältnisse einstellt. Das deutschnationale Blatt hat ein Alter von nur wenigen Monaten erreicht.

Eine Reichsfleischwarenfabrik.

Der Länderausschuß für das landwirtschaftliche Beprogramm hat die Errichtung einer Fleischwarenfabrik in Jena beschlossen. Aus öffentlichen Mitteln werden für die Anlagekosten 4 bis 5 Millionen Mark und 4 Millionen für das Betriebskapital zur Verfügung gestellt. Reichsrat und Reichsregierung.

Das Reichsministerium für die Reichsordnung u. a. nachstehende neue Eintragung für die Reichsordnung des Reichsrats: „Aus Verlangen der Vertreter eines Drittels der Stimmen des Reichsrats muß die Reichsregierung eine Auszubehaltung einleiten, und zwar, wenn ein anderes beantragt ist, insofern auf den zweiten Tag.“

Hauptmann Köhl
und die Kaufmannsjugend im D.S.B.

Der „Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband“ dessen Führer der deutschnationale Abg. Lombard ist, über eine merkwürdige Auffassung von deutscher Heidenkunde und deutscher Jugendbeziehung zu haben. So „Lehrlingszeitung“, die „Blätter für junge Kaufleute“, bringen in ihrer Juninummer einen Begrüßungsartikel zu Ehren des Deanspieters Köhl, dem wir folgenden charakteristischen Abschnitt entnehmen:

„Was Köhl so die Pflichterfüllung in Berlin konnte er andererseits auch in Vergessungen ausgelassen bis zur Grenze sein. Mit urgewaltigem Bayer durst trank er alles nieder, was mitzuhaben versuchte! Doch wenn er selbst einmal bei Alkoholbezeugungen war, so brauchte nur nächliches Flugwetter „auszubrechen“ und im selben Augenblick war er nüchtern, eisfakt und kommandobereit dem Pöbel.“

Esarfam bis auf den Feinsten und selten spielen konnte er in plöblicher Faune das Verbo von Leibe verlieren. Von souveräner, edel-mächtig und kriegerischer Ueberlegen vor allem Berichten, hatten wir aber, wenn ihn Gott in d ein mal plagte, die kleinen Mägen in d Etappe und dabei nicht nichts zu sagen.“

Das ist einmal der Pöbel der Geschmackslosigkeit in Tatsollosigkeit gegenüber einem Mann, von dem der D.D. genau weiß, daß er nicht nur fremdenländer Kathol sondern auch seit Jahren glänzend verkehrte ist. Dieser Artikel beleuchtet aber auch blühend die pädagogischen Qualitäten einer Gesellschaft, die handia ihnen öffentlich „nationalen“ Standpunkt betont und vorgibt, die Erziehung der Kaufmannsjugend zu „deutscher Art“ besonders darauf zu sein. Solche Sprache eines Geschmacksblosses sollte sich die deutsche Jugend energisch bitten.

Bezirk Halle

Halle. Soeben erreicht uns die Trauerkunde, daß unlangjähriges Vorkandidatmitglied,

Herr Stadtrat Carl Georg, verstorben ist. Ortsverein Halle und der Bezirksverband uneres Wahlkreises verlieren einen lieben, treuen Parteifreund, der stets an allen Tagungen und Beratungen lebhaften Anteil nahm, und für unsere gemeinsamen politischen Ziele mit Rat und Tat eintrat.

Alle, die ihn kannten, betrauern den Verlust eines Freundes und werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Wolken (Kreis Bitterfeld). Montag, 2. Juli, aber 8 Uhr, im Goltshof Rinkig Versammlung. Redner S. Dornbläth-Halle.

Gräbergruppen. Eine Veranstaltung zur Gründung einer Ortsgruppe der D. D. B. mit dem Geschäftsführer Dornbläth als Redner ist in Vorbereitung.

Zeit. Die Mitglieder der Ortsgruppe der D. D. halten in nächster Zeit mit der Gruppe der demokratischen Jugend eine gemeinsame Sitzung, an der Geschäftsführer Dornbläth teilnimmt, ab. Versammlungsort wird in bekannt gemacht.

Verantwortlich Johannes Dornbläth, Halle. Druck: Buchdruckerei Beniger & Co., S. m. b. H., Poststraße 9.

Vertical text in the right margin, partially cut off, containing various names and fragments of text from the adjacent page.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streichs, höhere Gewalt und Betriebsführung entbunden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schiffelung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30, Fernsprecher Nr. 1277

Was es bedeutet: Für die jugendlichen
Militärzeitung ist es Pflichtmäßig, - Tages-
und Wochenblatt 1. März. - Anzeigen-
nahme durch den Verlag des „Politischen
Wegweiser“, Halle (Saale), Gr. Brauhaus-
straße 30.

Nummer 26

Halle, 30. Juni 1928

4. Jahrgang

Parteien-Krise

Der Kampf im Zentrum

Es ist nicht nur der Fall Wirth, der Parteivorstand und Fraktion zwingt, zwei Tage hindurch ununterbrochen zu tagen. Auch der Fall Brauns gehört hierher. Der Reichsarbeitsminister hat in den acht Jahren manches geleistet, jedoch nicht, ohne Widerspruch zu finden. Den einen hand es zu weit rechts, den anderen zu weit links. Man kann ohne weiteres zugeben, daß sein Amt wohl eines der unbedeutendsten in Deutschland ist. Immer muß dieses Ressort nach einem Ausgleich in den Lohnverhältnissen suchen und dabei eine mittlere Linie einschlagen. Das liegt im Wesen der Wirtschaft begründet. Freunde aber erwidert man sich damit nicht. Schiedsprüche werden immer geteilt. Den Arbeitgebern geht jede Lohnerhöhung zu weit, den Arbeitnehmern erscheint sie nicht ausreichend genug. Man verkehrt daher durchaus, daß gerade die christlichen Gewerkschaften ernste Bedenken tragen, die Verantwortung namentlich angeht, die vielen kommenden Lohnkämpfe einem Parteigenossen zu übertragen. Sie haben gar kein Hehl daraus gemacht, daß sie an dieser Stelle einen Sozialdemokraten lieber sähen. Dabei kam man Herrn Dr. Brauns zugeben, daß er sein Ministerium ganz im Sinne des Zentrums befehlt hat. Vom Minister bis zum Portier mußte man Angehöriger einer bestimmten Partei sein. Für andere war kein Platz. Mit Parität hat das nichts zu tun, mit Toleranz auch nichts. Für diese beiden Begriffe schwärmt das Zentrum nur, wo es nicht an der Macht ist, sonst geht es rücksichtslos über sie hinweg. Herr Dr. Brauns könnte also ruhig das Haus verlassen und einen Sozialdemokraten die Nachfolge übergeben, ohne daß der Geist im Ministerium ein anderer würde. Nur der Name des höchsten Inhabers wechselt. Die Fälle Brauns und Wirth aber erklären noch nicht allein das ererbte Ärgernis. Im Grunde genommen erlebt das Zentrum eine innere Krise. Es hat bei den Wahlen eine Niederlage erlitten, wie sie bis dahin nicht für möglich gehalten wurde. Nun werden die Vorbereitungen für die nächste Wahlzeit vollzogen. Man wird sich ein neues Zielsetzungsprogramm mit den Sozialdemokraten setzen, der rechte nicht daran, sich mit der Sozialdemokratie auf Gleich und Bredere zu verständigen. Das ist die Kernfrage, die voraussichtlich noch lange die Partei beschäftigen wird.

Die Deutsche Volkspartei

Die Führung der Deutschen Volkspartei war während dieser ganzen Verhandlungen nicht sehr glücklich. Sie hat falsch operiert. Dabei muß festgestellt werden, daß die eigentlichen Liberalen, wenn auch aus ganz anderen Gründen, mit den rechtsstehenden Elementen zusammengefallen haben. Diese stellten die Forderung nach der Großen Koalition in Preußen in den Vordergrund, um sie im Reich zu verbinden. Jene wollten eine Festlegung zugleich auch im Landtag, um neue Dreiervereine in den eigenen Reichen zu verbinden. Herr Dr. Scholz handelte dabei wohl in der Mitte. Der eigentlich Schuldige ist es diesmal nicht. Nur hätte er als Vorsitzender seine Autorität geltend machen müssen. Das ist entweder gar nicht, oder nur in unzureichendem Maße geschehen. Die Volkspartei hat sich festgerannt und es war für sie geradezu die Rettung, daß Hermann Müller endlich darauf verfiel, das Kabinett der Persönlichkeiten zu bilden. Die Zusagen von Dr. Stresemann und Dr. Curtius erhielt er sofort. Man hat darüber heftig genug gestritten. Eine Eigenmächtigkeit aber liegt nicht vor, denn es entspricht durchaus dem Sinn der Verfassung, daß Männer, die dazu aufgefordert werden, von sich aus Posten annehmen oder ablehnen. Wichtig ist allerdings, daß der Brief des Reichs- ausministers auf dieser Höhe auf eine Debarourierung seiner Partei hinausläuft. Daß dies geschehen konnte, zeigt die Mängel der Führung. Wir haben Grund zu der Annahme, daß sich Dr. Stresemann aus von der Fraktion in Zukunft keine Vorwürfe machen lassen wird, wenn er aus unpolitischen Gründen sein Verbleiben in der Wilhelmsstraße als notwendig erachtet. Die Fraktion stellt das vor eine schwer wiegende Entscheidung, der sie gar nicht ausweichen kann. Sie wird sich darüber schlichtig werden müssen, ob sie dem Manne folgt, dessen Name ihre beste Parole war oder ob sie auf eine Krise ankommen lassen will, die sie in ihrer jetzigen Form kaum überlegen wird.

Lambach

Die Deutschnationalen sehen abwärts. Sie werden von der Regierungskrise nicht berührt. Niemand hat das Verlangen geäußert, sie herauszuziehen. Und die bisherigen Begehren erwähnen sie gar nicht. Und trotzdem befindet sie sich plötzlich in einer Krise. Der Abgeordnete Lambach, der zu den jüngeren Mitgliedern der Fraktion gehört,

und den christlichen Gewerkschaften nahe steht, hat sich in der politischen Wochenzeitung und nachher in der Zeitung „Der Deutsche“ mit dem Problem Monarchie oder Republik auseinandergesetzt. Lambach, der Führer des deutschen nationalen Handlungs-Gewerksverbandes kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Fürsten für die Jugend nur noch als Film- oder Bühnengiganten Interesse hätten. Das ist bitter. Auch eine moralische Verurteilung der Hohenzollern steht in den Aussagen nicht. Gebadet mag das mancher in den Reihen haben, aber das auszupredigen, und noch dazu in einer so scharfen Form, ist eine Neuerung. Die Hamburger Deutschnationalen waren sehr reich bei der Hand, um seinen Anschluß zu beantragen. Die Parteilung ist etwas vorichtig. Graf Westarp hat sich in der Kreuzzeitung bemüht, auf die bestellte Frage eine ruhige Antwort zu geben. Er hält an der Monarchie fest, aber sehr zurechtfindend klingt das, was er schreibt, nicht. Er glaubt nicht recht an die Ausführlbarkeit des Gedankens. Noch deutlicher wurde der Briefsteller der Partei, Herr von Kries, in der offiziellen Korrespondenz. Er meint, man müsse diese Frage einmal dem deutschen Volke vorlegen, das sie unbeeinflusst von innen und außen zu beantworten haben wird. Und er fürchtet, daß die Entscheidung für die Republik durch die Monarchie fällt. Man hat bisher so geschickt verhandelt, die Gegensätze zu verfließen. Nach dem Vorstoß Lambachs ist das nicht mehr möglich, die Förderung wird nicht mehr abbreiten, und sie wird früher oder später eine klare faulerliche Scheidung im deutschnationalen Lager herbeiführen.

Der Kellogg-Pakt

Die Verhandlungen zwischen Amerika und Frankreich haben nunmehr zu einem greifbaren Ergebnis geführt. Staatssekretär Kellogg legt einen zweiten Entwurf seines Kriegsverbotspaktes vor. Der Text selbst hat keine Veränderung erfahren. Nur die Präambel ist revidiert worden. Einmal hat man die Tschedolowalei, Polen und Belgien hinzugezogen mit der Begründung, daß sie Signatarstaaten des Locarnovertrages seien. Ganz schlichtig ist das nicht, denn mit demselben Recht hätten auch alle anderen Staaten eingeladen werden müssen. Man kann sich aber damit abfinden, daß hier Frankreich ein offensichtliches Zugewandnis gemacht worden ist, weil der Beitritt auch den übrigen Nationen offen bleibt. Ferner hat man das Recht zur Ausbreitung des Paktes auf alle Völker der Welt erwachen lassen. Das ist gar nichts. Die Welt würde diesem Gebiet angewandten Staaten, Angelegenheiten unterer Kontinente nicht abzurechnen, was begrifflich sehr bedauerlich sein würde. Man hat folgende der Reichs-



Ministerium für den Reichstag (Str.)
Reichsminister: Dr. Stresemann (D.D.P.)
Inneres: Severing (Soj.)
Arbeit: Wüstel (Soj.)
Wirtschaft: Dr. Curtius (D.D.P.)
Finanzen: Dr. Hilferding (Soj.)
Justiz: Koch-Weser (Dem.)
Reichswehr: Grosse (—)
Ernährung: Dietrich-Baden (Dem.)
Post: Schädel (Bayer. B.)
Die Regierungserklärung im Reichstag erfolgt am Dienstag. Das Parlament ist bereits einberufen. Reichsminister Müller-Franke wird das Programm der neuen Regierung bekanntgeben, worauf die Fraktionen in dreitägiger Debatte ihre Haltung zur neuen Reichsregierung darlegen werden. Nach Abschluß der Generaldebatte erfahren die Plenarberatungen eine Kurze Unterbrechung.

Der folgende Artikel wurde vor dem Ende der Verhandlungen über die Regierungsbildung abgeschlossen. Nachrichten über die letzten Vorgänge finden unsere Leser anschließend.

Die Verhandlungen über die Neubildung der Regierung sind zur Stunde, da diese Parteien gezeichnet werden, noch nicht abgeschlossen, da unerwartete Schwierigkeiten auftauchen, die in Personalfragen ihre letzte Wurzel haben. Doch nein, gar richtig ist das nicht. Hinter Personalfragen, die eine erhebliche Rolle spielen, stehen erstliche sachliche Auseinandersetzungen. Hermann Wirth, hat von Anfang an den Fehler begangen, auf den während immer verwiesen haben und den auch Koch-Weser in einem ausgezeichneten Artikel bis in die letzten Zeilen klar gestellt hat, daß er veruchte, die Parteien auf ein Programm zu einigen. Damit erwiderte er nur Sentenzen, die an sich nicht notwendig gewesen sind. Sie waren deshalb überflüssig, weil eine Regierung nicht auf Verbessern gegründet wird, sondern eine Art Kompromiß darstellt, der von Fall zu Fall die schwersten Probleme behandeln muß. Niemand kennt sie im Voraus, denn es ist das Besondere, daß die Ereignisse die Menschen formen, nicht umgekehrt die Menschen die Ereignisse. Daher ist es leichter, ein Kabinett aus Persönlichkeiten zu bilden als aus Parteien, die schon mit Rücksicht auf ihre Wähler feinsinnige Programme aufstellen müssen. Unpragmatisch hatte das Müller wohl auch erkannt. In der Reichstagszusammenkunft, schien er gewillt, eine Wirthliste, die nach seinem Ermessen gewählt war, den Parteien zur Genehmigung vorzulegen. Die Fraktionen haben lediglich ihren Mitgliedern die Erlaubnis geben, in der Debatte einzutreten. Sobald aber das parlamentarische Leben begann, haben die Fraktionen die Entscheidung an sich gezogen. Es bedurfte langwieriger Beratungen, um diesen Weg als verperrt zu erkennen. Herr Müller das Steuer herum. Nun bildete er das Kabinett der Persönlichkeiten. Von den meisten in Betracht kommenden Männern lag die Zustimmung vor. Nur die Sozialdemokraten gaben keinen eindeutigen Bescheid. Die Fraktion tagte und tagte ohne zu einer klaren Entscheidung zu gelangen. Es wurde zu einem Kampf über die Wahl, in dessen Mittelpunkt Dr. Wirth stand. Wie sich die Dinge weiter entwickeln, läßt sich mit unbedingter Sicherheit noch nicht sagen. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß man schließlich über alle Parteien hinweg ein Ziel erreicht. Vorläufig aber zeigen sich noch bedrohliche Zeichen.

Dr. Wirth

Auch die überzeugten Anhänger Dr. Wirths, und auch in anderen Parteien zahlreicher als im Zentrum haben nicht geglaubt, daß er so schnell wieder Licht zurückfinden würde. Es hat ja schwerer kämpfte, um ihm überhaupt einen Platz an der Reichsregierung zu sichern, nachdem der badische Landesverband ihn roher Entschiedenheit abgelehnt hatte. Er wurde als erster nach Dr. Marx gewählt. Jetzt kandidiert er für ein Ministerium. Müller-Franke hat ihm das Reichsministerium angeboten. Für Wirth war also die Laufbahn wieder eröffnet. Es ist gewiß richtig, daß dieses Amt aus ungebrochen politisches ist. Trotzdem wird man seine Bedeutung gerade in der Zeit der Technik nicht leugnen können. Der frühere Kanzler sah aber darin eine Kaltstellung, gegen die er sich mit der ihm eigenen Schärfe wehrte. Er verlangt, wenn er den Posten annehmen sollte, auch die Vizekanzlerschaft, die es bei uns nur einmal, und in unheiligen Kabinetten Götter gegeben hat. Es ist menschlich begreiflich, daß namentlich sein Parteifreund, Dr. Brauns, seinen Einpruch erhob. Brauns, der jetzt gerade acht Jahre das nicht gerade angenehme Reichsarbeitsministerium betreut, ist der dienstälteste Minister und als hochbetretener Kanzler. Bei seinem Abgang, der Tage erhöht im Bereich der Möglichkeit lag, Dr. Stresemann diese Würde zugefallen. Er gehört seit fünf Jahren ununterbrochen den wechselnden Kabinetten an. Der Streit im Zentrum muß sehr heftig sein. Trotzdem scheint es, als ob Wirth die Mehrheit auf seine Seite herüberzog. Das erfolgte von außen her. Man hat nicht überhört, daß das von der Sozialdemokratie, die seinen Vizekanzler das zweite von Stresemann, aus nachgelassenen Gründen das dritte von Hindenburg, dem der Hund nach links laut ist. Auch wohlmeinende Freunde haben Wirth auf den Dogen zu überhumpeln, und nicht die ganze Umgebung zu gefährden. So begrifflich seine Fortsetzung ist, hat sie ihm zweifellos geschadet. In der Politik regiert nicht das Klare, sondern das halbklare System.